

## Ergänzung zur Niederschrift

über die 22. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 8. Dezember 2016  
(öffentlicher Teil)

<b>TOP 1</b>	<b>VI/563</b>	Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2016 bis 2027
	1 Änderungsblatt	Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 29.11.2016 gegen den Beschluss 383/21/16 vom 17.11.2016
		Einreicher: Oberbürgermeister

Der Absatz: „Nach kontroverser Diskussion, an der sich Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD), Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne\_Piraten), Ratsherr **Lundershausen** (DIE LINKE), Ratsherr **Schwanke** (CDU), Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne\_Piraten), Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann**, Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) sowie Ratsfrau **Parlow** (DIE LINKE) beteiligen, stellt die **Stadtpräsidentin** den Antrag von Ratsfrau **Dr. Kuhk** zur Abstimmung“, wird wie folgt ersetzt:

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) konstatiert, dass lange gemeinsam am HSK gearbeitet wurde. Die Fraktion der SPD spreche sich daher dafür aus, heute daran zu arbeiten, erfolgreich dieses HSK zu verabschieden. Den Widerspruch des Oberbürgermeisters halte die Fraktion nicht in allen Punkten für wirklich erforderlich, teile ihn aber in einzelnen Fragen. Heute wünsche sich die Fraktion der SPD eine differenzierte Diskussion der Veränderungsvorschläge. Sollte es dazu keine Mehrheit geben, spricht sich die Fraktion dafür aus, dass HSK notfalls auch mit Mängeln zu verabschieden.

**Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne\_Piraten) stellt fest, dass die momentane komplizierte Situation durch Missverständnisse und an einigen Stelle auch durch unglückliches Argumentieren entstanden sei. Er appelliert, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Seitens der Verwaltung seien einige Gedanken, die durch die Fraktionen in unterschiedlicher Zusammensetzung eingebracht wurden, im Änderungsblatt aufgegriffen worden. Er finde das gut und wichtig und würde sich grundsätzlich wünschen, dass Ideen, die aus der Stadtvertretung kommen, aufgegriffen, bewertet und mit Lösungsvorschlägen zur Umsetzung versehen würden. Politiker im Ehrenamt seien darauf angewiesen, dass die Arbeit gemeinsam auf kooperative und faire Art und Weise erfolge. Ob alles im Widerspruch Formulierte in dieser Schärfe hätte formuliert werden müssen, könne er so nicht sehen, weil er im Änderungsblatt manchmal nur Nuancen Unterschied ausmachen könne. Jetzt müsse ein Weg gefunden werden, gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen. Dass ein HSK immer nur etwas Vorläufiges sei, mache der Blick auf das letzte HSK deutlich, aus dem auch noch nicht alle Maßnahmen umgesetzt seien. Er erinnere in diesem Zusammenhang an den Zuschuss für den Flughafen Trollenhagen, der ja eigentlich auch schon auf „Null“ sein sollte. Auch hier hätte das Ministerium den Haushalt nicht angefochten. Das HSK sei etwas Dynamisches und deshalb sollte überlegt werden, wie mit Änderungsanträgen der Fraktionen umgegangen werde und das sollte auch beim Einlegen von Widersprüchen beachtet werden. Das „scharfe Schwert“ zu schwingen hätte so nicht sein müssen. Er könne nachvollziehen, dass einige Punk-

te in den Änderungsanträgen nicht ganz glücklich formuliert worden waren. Er wisse nicht, ob heute ein Weg gefunden werden könne, gemeinsam noch einmal am HSK zu arbeiten. Um Klarheit zu schaffen, wie es weitergehen soll, regt er eine zweiwöchige Bedenkzeit an. Ziel sollte aber in jedem Fall sein, hier in Neubrandenburg Lösungen zu finden und das nicht Schwerin zu überlassen.

Bereits in seinen Ausführungen zur Sondersitzung, habe er darauf hingewiesen, dass das eigentliche Ziel sein sollte, das HSK zu beschließen, so Ratsherr **Lundershausen** (DIE LINKE). Gestern sei sich noch einmal ausführlich in der Lenkungsgruppe mit den 18 Seiten befasst worden. Dabei sei festgestellt worden, dass davon drei Punkte noch diskussionswürdig seien. Der Widerspruch des Oberbürgermeisters sollte bis auf diese drei beanstandeten Punkte zurückgezogen werden, alles andere sei „Makulatur“. Er glaube nicht, dass – wenn die im Moment in Rede stehenden 18 Seiten Papier stehen bleiben – heute ein HSK beschlossen werden könne. Der schnellstmögliche Beschluss des HSK sollte aber das Ziel sein, da alle wüssten, was im Endeffekt davon abhängt.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) bezweifelt, dass eine Weihnachtssondersitzung, wie von Ratsherrn Dr. Kirchhefer vorgeschlagen, eine Lösung bringt. Auch der Vorschlag von Ratsherrn Prof. Dr. Nothoff, ein HSK mit Mängeln zu beschließen, könne nicht wirklich in Betracht gezogen werden. Er hätte sich von der Verwaltung mehr Kompromissbereitschaft erhofft. „Riesenwidersprüche“, die am Ende niemand versteht, helfen da nicht weiter. Hobby-Politiker würden sehr viel Kraft und Zeit investieren, um für Neubrandenburg etwas zu leisten. Daher käme „kneifen“ in dieser Situation nicht in Frage. Entweder es würde jetzt „durchgezogen“, oder es wird abgelehnt und nochmals darüber beraten. So schlecht, dass das Gesamtpaket „Makulatur“ wäre, sei nicht gearbeitet worden.

Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne\_Piraten) findet, dass die Verwaltung mit dem Änderungsblatt, das jetzt vorliegt, stark auf die Stadtvertretung zugegangen sei und verstehe es insofern als Kompromisspapier. Es sei irritiert wegen der jetzigen unnötigen Konfrontation, denn eigentlich hätten doch alle ein gemeinsames Ziel.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** sieht einen ganz klaren Arbeitsauftrag, das HSK zu beschließen. Es könne nicht alles vertagt werden. Er schlägt vor, das Änderungsblatt, das er auch als Kompromisspapier sehe, Punkt für Punkt abzuarbeiten, um einen Konsens zu erreichen. Er sei nicht bereit, die Angelegenheit erneut zu vertagen. Wenn der Antrag von Ratsfrau Dr. Kuhk eine Mehrheit fände, würde ein ganz anderes Verfahren ablaufen und die Stadtvertretung wäre erst einmal „draußen“. Es müsse gehandelt werden. Ein Verschieben auf den nächsten Tag, die nächste Ebene, oder gar der Gang zum Verwaltungsgericht, nur weil sich an der Art und Weise gestoßen worden war, wie das Prozedere gelaufen ist, bringe niemanden weiter. Vielleicht wäre in zwei Jahren Bescheid vom Verwaltungsgericht da, aber dann seien die Millionen im Land verteilt und Neubrandenburg würde leer ausgehen. Er ruft dazu auf, das durch die Verwaltung extra mit Les- und Verständnistext aufbereitete Papier vom Anfang der Woche heute abzuarbeiten. Er mahnt, nicht an einer einmal gefassten Meinung festzuhalten, nur weil diese öffentlich geworden sei, und plädiert dafür, alles zu tun, um das Problem zu lösen und nicht weiter zu verkomplizieren.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) meint, es müsse auch der andere Weg, der möglich sei, aufgezeigt werden. Der Widerspruch könne heute abgelehnt werden. Wenn der Oberbürgermeister nicht beanstanden würde, könne das am 17. November 2016 beschlossene HSK nach Schwerin geschickt werden. Das Innenministerium würde dann prüfen und evtl. feststellen, dass ein oder zwei Aufgaben nachzuarbeiten wären. Im Widerspruch waren acht Mal rechtliche Bedenken zu den Änderungsanträgen der Fraktionen angemeldet worden, jetzt seien es noch drei. Es wisse niemand, wie viele und ob das Innenministerium überhaupt Beanstandungen fände. In der Sitzung der Stadtvertretung im Februar könne dann immer

noch geheilt werden, was zu heilen ist. Dass die Zeitschiene von vorn herein eng ausgelegt war, war allen klar. Trotzdem müsse den Fraktionen Zeit eingeräumt werden, sich zur Sachlage zu beraten. Bezüglich des Änderungsblattes der Verwaltung, das heute auf dem Tisch lag, konnte nicht ausgiebig beraten werden. Der Widerspruch sei in seinen Augen gar kein Widerspruch mehr, da er eigentlich mit dem Änderungsblatt ad absurdum geführt worden sei. Er ruft dazu auf, den Widerspruch „abzulegen“, damit er aus der Welt ist, um evtl. dann über die ein oder zwei Sachen zu reden, die eventuell noch beanstandet werden.

Ratsfrau **Parlow** (Stadtpräsidentin) übergibt die Tagesleitung an Ratsfrau Gartz (stellvertretende Stadtpräsidentin).

Ratsfrau **Parlow** (DIE LINKE) ruft dazu auf, sich auf das eigentliche Ziel zurückzubedenken. Das HSK sei zu erstellen, weil eine Finanzspritze ungewöhnlicher Art von der Landesregierung erwartet würde. Das könne gut gefunden werden, oder auch nicht. Selbst wenn es Erpressung genannt würde, würde es am Fakt nichts ändern. Ohne HSK und ohne eine baldige Verabschiedung eines solchen, gäbe es kein Geld. Gemeinsam hätten sich Stadtvertretung und Verwaltung ein ehrgeiziges Ziel gestellt. Der enge Zeitkorridor bedeute dabei ein Mammutprogramm für ehrenamtlich Tätige. Nicht immer sei seitens der Verwaltung darauf Rücksicht genommen worden. Daher appelliere sie an den Oberbürgermeister und die Verwaltung anzuerkennen, welche Leistung von ehrenamtlich Tätigen neben ihrer Berufstätigkeit erbracht würde. Eine Totalkonfrontation der Stadtvertretung zum Handeln der Verwaltung könne aber auch nicht so einfach im Raum stehen gelassen werden. Am 17. November 2016 sei über 20 Änderungsanträge der Fraktionen abgestimmt worden. Daneben gab es Änderungsblätter der Verwaltung, die einen Teil der Punkte in den Änderungsanträgen enthielten. Aus dem Verfahren heraus, sei hier Arbeit – ohne Abgleich – parallel gelaufen. Es wäre nicht korrekt zu sagen, die Verwaltung habe sich nicht bewegt. Zu dem heute vorgelegten Änderungsblatt der Verwaltung sei gestern ausführlich diskutiert worden. Ratsfrau Parlow finde, dass sich die Stadtvertretung jetzt, da nur noch ganz wenige inhaltliche Punkte wirklich strittig seien, das Konzept nicht vom Innenministerium aus der Hand nehmen lassen sollte. Deshalb unterstütze sie die Auffassung von Ratsherrn Prof. Dr. Northoff, bezüglich der aufgeführten Punkte im Änderungsblatt, hier noch einmal in die inhaltliche Debatte zu gehen, um dann evtl. einen neuen Beschluss zu fassen. Damit würde dem Innenministerium signalisiert werden, dass in Neubrandenburg Stadtvertretung und Stadtverwaltung gemeinsam gearbeitet und zu einem Ergebnis gekommen seien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen angezeigt werden, weist Ratsfrau **Parlow**, Stadtpräsidentin, darauf hin, dass – sofern dem Antrag von Ratsfrau Dr. Kuhk zugestimmt würde – keine weitere Debatte erfolgt – und stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Irina Parlow**  
Stadtpräsidentin

**Doris Gartz**  
stellvertretende Stadtpräsidentin

**Andrea Hänsch**  
Protokollantin